



## **Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 10.02.2026 – Auszug aus Drucksache 19/10025 –**

### **Frage Nummer 5 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordneter <b>Rene Dierkes</b> (AfD)	Ich frage die Staatsregierung, gab es in den letzten 24 Monaten dienstliche Gespräche/Kontaktaufnahmen von Bediensteten/Beamten des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration oder nachgeordneter Behörden (z. B. Landesamt für Verfassungsschutz) mit/zu Abgeordneten des Landtags und wenn ja, welche Fraktionen waren betroffen und mit welchem Ziel erfolgten diese Gespräche/Kontaktaufnahmen?
--	--

### **Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration**

Der Landtag ist bei der Erfüllung seiner Aufgaben auf aktuelle und umfassende Informationen über getroffene oder beabsichtigte Entscheidungen, Entscheidungsgrundlagen oder Verfahren der Staatsregierung angewiesen. Sowohl im Informationsinteresse des Landtags und der an der politischen Willensbildung beteiligten Kräfte als auch im Interesse der Staatsregierung an einer sachgerechten Darstellung ihrer Politik ist es unerlässlich, dass Äußerungen von fachlich kompetenter Stelle abgegeben werden. Das Personal des Innenministeriums und der diesem nachgeordneten Behörden unterliegt daher einer Informationspflicht gegenüber Abgeordneten, beispielsweise im Zuge des parlamentarischen Fragerechts. Dabei gilt die Informationspflicht der Staatsregierung gegenüber den Abgeordneten des Landtags für alle Abgeordneten in gleicher Weise, unabhängig von der Parteizugehörigkeit oder der Art ihrer Wahl. Informationen werden auf vielfältigste Weise zur Verfügung gestellt: schriftlich (beispielsweise im Rahmen des parlamentarischen Fragerechts) oder mündlich, etwa in Arbeitskreisen, Ausschüssen oder bei sonstigen öffentlichen Veranstaltungen und Terminen. Begegnungen zwischen Abgeordneten und dem o. g. Personal finden sowohl im Landtag als auch bei Veranstaltungen und Terminen häufig ohne vorherige Terminvereinbarung statt. Vielmehr ergeben sich solche Gespräche oft spontan, weil ein oder beide Gesprächspartner die Gelegenheit zum Austausch nutzen. Schon aus diesem Grund ist eine Quantifizierung der Kontakte mit Abgeordneten nicht möglich.